

Ein humaner Rechtsstaat ist der Garant für Freiheit und Demokratie



Digitale LDK am 12.-13.12.2020

Antragsteller*in: Karim Saleh (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu K13

Von Zeile 339 bis 340 einfügen:

Information, Erinnerungskultur und Begegnung werden. Ihr Ziel soll es sein, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu fördern.

Islamismus nachhaltig den Nährboden entziehen

Das Spektrum islamistischer Gruppierungen ist heterogen. Sie alle verfolgen aber das gleiche Ziel: die Errichtung einer ausschließlich religiös legitimierten Gesellschafts- und Staatsordnung. Damit einher geht die Ablehnung der Prinzipien von Individualität, Gleichberechtigung, Pluralismus, Säkularismus und Demokratie. Wir Grüne stehen wie keine zweite Partei für diese Prinzipien ein. Deshalb ist es auch unsere Aufgabe jegliche Form von islamistischen Bestrebungen in die Schranken zu verweisen.

Die aktuell gefährlichste Form ist der dschihadistische Salafismus, der durch Terroranschläge versucht unsere Gesellschaften zu spalten. Unser Rechtsstaat mit seinen Sicherheitsbehörden verfügt bereits über wirksame Instrumente, um Terroranschläge frühzeitig zu vereiteln. Wo es nötig ist, wollen wir dieses Instrumentarium erweitern. Dabei sind alle Maßnahmen kontinuierlich auf Verhältnismäßigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Wirksamkeit zu überprüfen.

Junge Menschen werden nicht einfach so zu Terroristen. Ihre Radikalisierungsbiographien zeigen, dass wir es meistens mit jungen Männern mit vielfältigen Problemlagen zu tun haben. Die Präventionsarbeit setzt dort an und versucht die Menschen rechtzeitig abzuholen und aufzufangen bevor es dschihadistische Salafisten tun.

Die bestehenden Präventionsangebote, inklusive Deradikalisierungs- und Ausstiegsprogramme, müssen daher weiter ausgebaut, besser ausgestattet und verstetigt werden. Insbesondere Präventionsnetzwerke auf kommunaler Ebene sind effektiv. Die Kenntnis der lokalen Strukturen, die enge Vernetzung mit Moscheegemeinden, Schulen und Jugendzentren sowie mit Polizei und Staatsschutz ermöglicht ein schnelles und nachhaltiges Intervenieren bei Fällen von Radikalisierung. Den Aufbau solcher lokaler Netzwerke wollen wir besonders fördern.

Islamfeindliche Vorfälle sind wichtiger Bestandteil salafistischer Propaganda, die jungen Menschen erzählt, sie würden nicht zu unserer Gesellschaft gehören. Auch deswegen müssen wir Grüne uns gegen jede Form von Islamfeindlichkeit stellen.

Salafistischen Predigern muss ihre Reichweite im Netz, vor allem auf Videoplattformen und in Sozialen Medien genommen werden. Wo es möglich ist, müssen ihre Angebote gelöscht und verboten werden. Alternative Angebote und die Verbreitung von Gegen-Narrativen müssen ausgeweitet werden.

Neben der Bekämpfung des dschihadistischen Salafismus, stellt sich uns die Herausforderung durch nicht-gewaltorientierte aber gleichwohl extremistische Strukturen in Vereinen und Organisationen, die schon seit Jahrzehnten in baden-württembergischen Kommunen beheimatet sind und teilweise fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens sind.

Kommunen und Kirchen sind meistens die ersten Ansprechpartner für diese Vereine. Sie verfügen aber nur selten über Fachwissen und brauchen Unterstützung in der Bewertung von islamistischen Strukturen und der Frage, wie damit umzugehen ist. Beratungsangebote wie die „Islamberatung“ der Katholischen Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart müssen daher verstetigt und ausgeweitet werden.

Der Kampf gegen Islamismus ist letztlich nur mit Muslim*innen zu gewinnen, die Moscheen auch von innen kennen. Wir brauchen Brückenbauer*Innen, die unsere freiheitlich demokratische Grundordnung selbstbewusst verteidigen und gleichzeitig aufzeigen, dass gelebte Religiosität und Demokratie miteinander vereinbar sind. Die Zusammenarbeit mit ihnen wollen wir fördern.

Begründung

Es ist gut, dass wir uns der Bekämpfung des Islamismus endlich annehmen. Daher sollte im Wahlprogramm ein entsprechender Passus enthalten sein. Weitere Begründung erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Antigone Kiefner (KV Freiburg); Jasmin Ateia (KV Freiburg); Philipp Appenzeller (KV Freiburg); Dislo Benjamin Harter (KV Ortenau); Timothy Simms (KV Freiburg); Silke Holzbog (KV Ludwigsburg); Canan Balaban (KV Ludwigsburg); Silke Gericke (KV Ludwigsburg); Jonathan Ben-Shlomo (KV Freiburg); Florence Baader (KV Freiburg); Lydia Marten (KV Freiburg); Maren Walter (KV Freiburg); Tayfun Tok (KV Ludwigsburg); Annabelle von Kalckreuth (KV Freiburg); Daniel Andreas Lede Abal (KV Tübingen); Leo Buchholz (KV Ludwigsburg); Angela Schoeller (KV Freiburg); Merve Öztürk (KV Ludwigsburg); Jan Otto (KV Freiburg)